

: Konferenz Bericht

sef:

Dresdner Forum für Internationale Politik 2026

Kooperation oder Konfrontation? Internationale Zusammenarbeit vs. *my country first*

Ingo Nordmann-Mohn

Das Völkerrecht und die internationale Kooperation stehen zunehmend unter Druck. Immer mehr Staaten verfolgen in erster Linie nationale Interessen, frei nach dem Motto „my country first“. Der weltweite Aufstieg populistischer Parteien und autoritärer Regierungsstile verstärkt diesen Trend – mit weitreichenden Folgen für die internationale Ordnung.



Die drei Panel-Teilnehmenden Michael Kretschmer, Univ.-Prof. Dr. Heike Krieger und Olaf Scholz MdB (v.l.n.r.) im Gespräch nach der Veranstaltung

Vor diesem Hintergrund fand am 5. Mai 2026 das Dresdner Forum für Internationale Politik statt. Organisiert von der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) gemeinsam mit der Sächsischen Staatskanzlei, der Stiftung Frauenkirche, UNU-

FLORES und dem Zentrum für Internationale Studien der TU Dresden, diskutierten Olaf Scholz MdB, ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, und Univ.-Prof. Dr. Heike Krieger, Professorin für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Freien Universität Berlin, wie sich Deutschland und Sachsen in diesem anspruchsvollen Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation positionieren können. Moderiert wurde die Veranstaltung von Alexandra Gerlach, Moderatorin und Journalistin aus Meißen.

Den Auftakt bildeten improvisierte Variationen des Deutschlandlieds von Organist Niklas Jahn, was Pfarrer Markus Engelhardt in seiner Begrüßung als Einladung aufgriff, über Deutschlands Rolle in der Welt und seine historische Verantwortung nachzudenken. Die gegenwärtige globale Krisenhaftigkeit brachte er so auf den Punkt: Der Glaube an die Stärke der regelbasierten Ordnung werde zunehmend vom Glauben an das Recht des Stärkeren abgelöst.

Oliver Krauß MdL, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), knüpfte in seiner Begrüßung an diese Bestandsaufnahme an. Er sprach von einer bedrohlichen „Renaissance des Populismus und des Nationalismus“ weltweit. Zugleich betonte er, dass die aktuellen Kriege, insbesondere im Iran und in der Ukraine, das Leben der Menschen in Deutschland und Sachsen direkt berühren – etwa durch explodierende Energiepreise oder die anhaltende Inflation. Dies belaste auch

Unternehmen in Deutschland und speziell im Freistaat Sachsen. Krauß warnte zudem, dass sicherheitspolitische Eskalationen große Menschheitsaufgaben, wie z.B. die Bekämpfung des Klimawandels, in den Hintergrund drängen.

Olaf Scholz: Zwei Voraussetzungen für Frieden

Olaf Scholz knüpfte in seinem Impuls an Immanuel Kants Schrift "Zum ewigen Frieden" von 1795 an. Scholz erinnerte daran, dass Kants Überlegungen keineswegs in friedlichen Zeiten entstanden seien. Umso bemerkenswerter sei die Idee gewesen, den scheinbar unausweichlichen Naturzustand des Krieges zwischen den Völkern zu überwinden. Später fanden diese Gedanken im Völkerbund und in der Charta der Vereinten Nationen konkreten Niederschlag. Darunter fand sich auch das zentrale Prinzip der Nichteinmischung und Souveränität der Staaten – ein Prinzip, das heute wieder in Zweifel gezogen wird.

Der ehemalige Bundeskanzler skizzierte einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Regime Change, der gewaltsame Austausch eines Herrschaftssystems, werde heute zunehmend als legitimer Kriegsgrund betrachtet. „Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, gibt es immer noch. Und einmal errungener Fortschritt kann wieder zerrinnen.“ Das Völkerrecht, so Scholz nüchtern, habe diese gewaltsamen Ausbrüche noch nicht verlässlich einhegen können.

Ein brutales, aktuelles Beispiel hierfür sei der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser markiere deshalb eine fundamentale „Zeitenwende“, da er einen eklatanten Bruch mit der Annahme darstelle, dass Grenzen nicht mit militärischer Gewalt verschoben werden dürfen. Scholz kritisierte den Rückfall in das Denken von Einflussphären, in denen Hegemonialmächte glauben, kleinere Nachbarstaaten nach Belieben dominieren zu können.

In diesem Zusammenhang erinnerte er an den historischen Verdienst der Ostpolitik von Willy Brandt. Durch die damalige faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze habe Deutschland aufgehört, die Verschiebung von Grenzen zu fordern, und damit einen immensen Beitrag zur Aussöhnung mit Polen geleistet. Anderswo in der Welt sei historischer Groll jedoch leider noch oft der Grund für völkerrechtlichen Revisionismus und neue Gewalt. Dies könnte im Einzelfall historisch nachvollziehbar erscheinen, sei aber dennoch inakzeptabel: In der Geschichte lasse sich immer eine Grenzziehung finden, die als ungerecht empfunden werde – etwa weil dort früher Angehörige der eigenen Bevölkerung gelebt hätten. Solche Fragen müsse man um des Friedens willen ruhen lassen.

Scholz formulierte zwei unverhandelbare Ziele, die die Menschheit noch in diesem Jahrhundert verwirklichen müsse: Erstens dürften Grenzen unter keinen Umständen mit Gewalt verschoben werden – egal in welcher Weltregion. Zweitens dürften nirgendwo auf der Welt politische Oppositionelle



Olaf Scholz MdB bei seinem Impulsvortrag

ins Gefängnis geworfen werden. Dies entspreche dem Habeas Corpus-Prinzip, also dem juristischen Schutz vor willkürlicher Verhaftung. Erst dann, so Scholz, wäre die Kant'sche Vision wirklich vollendet.

Ein Moment der Weltgeschichte

Zu Beginn der Paneldiskussion schilderte Scholz sein Gespräch mit Wladimir Putin kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Die Bilder des damaligen Kanzlers an dem langen weißen Tisch gingen medial um die Welt. Bei dem Gespräch selbst waren Scholz und Putin völlig allein im Raum. Im Kreml sei Scholz klar geworden, dass Putin seine Entscheidung für den Krieg längst getroffen hatte. Putin habe wiederholt haltlose Behauptungen aufgestellt, etwa über angeblich geplante westliche Mittel- und Langstreckenraketen in der Ukraine oder ein angeblich faschistisches Regime in Kiew. Ein konstruktives Gespräch sei so nicht möglich gewesen.

Beim Abschied habe Scholz Putin gefragt: „Wenn ich jetzt hier abreise und aus dem Fenster meines Flugzeugs nach hinten schaue, steigen dann russische Kampfflieger Richtung Ukraine auf?“ Putin habe darauf nicht mit „Nein“ geantwortet. Die bittere Erkenntnis des Ex-Kanzlers: Putin wollte diesen Krieg unbedingt.

Aus russischer Perspektive, so Scholz weiter, mache dieser Krieg langfristig überhaupt keinen Sinn. Doch man dürfe die gefährliche Unvernunft politischer Macht niemals unterschätzen. Schauen Sie rational auf die geopolitischen Ergebnisse, habe Putin keines seiner Ziele erreicht: Er wollte die NATO zurückdrängen, stattdessen sind mit Finnland und Schweden zwei vormals neutrale Staaten beigetreten. Viele Länder, auch Deutschland, nehmen neue Schulden auf, um aufzurüsten, und die Ukraine befindet sich nun auf einem unumkehrbaren Weg in die Europäische Union.



Michael Kretschmer (2.v.r.) im Gespräch mit Moderatorin Alexandra Gerlach, Olaf Scholz MdB und Univ.-Prof. Dr. Heike Krieger (v.l.n.r.)

Der US-Angriff auf Venezuela und die Beharrlichkeit des Rechts

Auf die Frage, wie sie als Völkerrechtlerin auf die Aggression Putins blicke, erklärte Univ.-Prof. Dr. Heike Krieger, die Ereignisse in der Ukraine seien auch in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein enormer Schock gewesen. Zwar hätten sich gewisse Entwicklungen abgezeichnet, aber die Dimension der Gewalt habe alle überrascht. Zur juristischen Einordnung sei absehbar gewesen, dass der UN-Sicherheitsrat aufgrund des russischen Vetos nicht handlungsfähig sein würde, doch die klare Verurteilung des Angriffskriegs in der UN-Vollversammlung habe ein wichtiges Signal gesetzt.

Prof. Krieger richtete den juristischen Blick auch auf einen anderen Fall. Besonders besorgniserregend sei aus ihrer Sicht der US-Angriff auf Venezuela und den Staatspräsidenten Nicolás Maduro gewesen. Sie bezeichnete dies als eine vollkommene Abkehr von der Idee, das eigene machtpolitische Verhalten völkerrechtlich rechtfertigen zu müssen. Dass die US-Regierung unter Donald Trump gar nicht erst versucht habe, eine völkerrechtliche Begründung zu liefern, markiere einen gefährlichen Paradigmenwechsel.

Dennoch zeigte sich Krieger mit Blick auf die langfristige Wirkung des Rechts vorsichtig optimistisch: „Recht ist sehr beharrlich. Es kann sich über die tatsächlichen Gegebenheiten hinwegsetzen, weiter an seinem Geltungsanspruch festhalten und in besseren Zeiten dann auch wieder durchgesetzt werden.“ Das Recht könne kontrafaktisch wirken und Krisen überdauern. Daher müsse auch eine amerikanische Regierung damit rechnen, in Zukunft für vergangene Rechtsbrüche juristisch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Bedenklich werde es allerdings, so warnte sie, wenn immer mehr große Akteure die internationale Ordnung auf diese Weise aushöhlten. Wenn sich niemand mehr um Regeln schere, werde es irgendwann unmöglich, die Geltung des Rechts überhaupt aufrechtzuerhalten.

Europas Doppelstandards und die Perspektive des Globalen Südens

Scholz verwies darauf, dass Demokratie heute weltweit verbreitet ist, zugleich aber in einer großen Bandbreite von Ausprägungen existiere. Um das Bekenntnis zu grundlegenden Werten über Kontinente hinweg zu stärken, habe er als Kanzler zum G7-Gipfel 2022 auf Schloss Elmau gezielt Länder wie Indien, Indonesien, Südafrika, Senegal und Argentinien eingeladen. Eine regelbasierte Ordnung müsse in der herausziehenden multipolaren Welt gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern weiterentwickelt werden. „Eine solche Ordnung darf aber im Globalen Süden niemals als besserwisserisch und von oben herab wahrgenommen werden“, forderte er.

Scholz ergänzte, dass bei der Entstehung des Völkerrechts in seiner heutigen Form viele Kolonien noch fremdbeherrscht waren. Deshalb überzeuge das „Loblied auf das Völkerrecht“ heute nicht alle Staaten im Globalen Süden. Zu oft wirke es so, als diene das Völkerrecht primär den Interessen des Westens, der sich dann moralisch empöre, wenn Staaten des Globalen Südens westliche Vorhaben und Resolutionen nicht ohne Weiteres unterstützen.

Scholz erinnerte daran, dass sich China auf US-amerikanische Initiative hin erst in den 1970er Jahren für die westliche Produktion geöffnet habe. Heute, nur fünf Jahrzehnte später, stehe China ökonomisch längst an der Weltspitze. Bahnbrechende Entwicklungen seien in den kommenden Jahrzehnten auch in Äthiopien, Nigeria und Ghana zu erwarten. Schon heute fänden über 70 Prozent der weltweiten Produktion im Globalen Süden statt – eine ökonomische Realität, die das alte, eurozentrische Weltbild zutiefst infrage stellt.

Scholz bezog sich dabei auf das Konzept *Provincialising Europe* des Historikers Dipesh Chakrabarty. „Europa wird nicht mehr Dreh- und Angelpunkt, sondern eine bedeutende Weltprovinz unter vielen sein. Das nicht als Demütigung und historischen

Abstieg zu begreifen, ist unsere große Herausforderung.“ Dies gelte für den gesamten Globalen Norden, zu dem auch Russland zähle. Auch Russland müsse lernen, den Verlust seines Großmachtstatus zu akzeptieren. Welche Folgen es haben könne, wenn dieses Umdenken nicht gelinge, werde derzeit durch die russische Aggression deutlich.

Krieger unterstützte diese Analyse aus völkerrechtlicher Sicht. Eine Reform der globalen Ordnung sei notwendig, damit das Völkerrecht kein „zahnloser Tiger“ bleibe. Es komme nun besonders auf jene Akteure im Globalen Süden an, die weiterhin auf eine globale, gerechte Ordnung setzen. Krieger wies auf einen aktuellen und politisch sensiblen Fall hin: Nicaragua hatte Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) wegen der Waffenlieferungen nach Israel verklagt. In Teilen der deutschen Medienlandschaft sei dieser Schritt schnell als abwegig dargestellt worden. Doch Krieger warnte: Mit einer solchen Haltung könne man den Globalen Süden unmöglich überzeugen. Vielmehr komme es darauf an, sowohl die juristischen Argumente als auch die politisch-moralischen Wahrnehmungen des Globalen Südens ernst zu nehmen. Wenn der Westen einige Kriege scharf verurteile, andere jedoch mit geopolitischer Rücksichtnahme behandle, werde dies international als Doppelstandard wahrgenommen, der die westliche Glaubwürdigkeit massiv untergrabe.

Realität statt Resignation: Michael Kretschmer über Sachsens Zukunft in einer multipolaren Welt

Wie aber wirken sich diese globalen Verschiebungen konkret auf Deutschland und Sachsen aus? Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, holte die Debatte von der globalen Ebene in die regionale Wirtschaftsrealität. Der Iran-Krieg gefährde auch die Wirtschaft und insbesondere die Mikroelektronik-Industrie in Sachsen, erklärte er. „Alles hängt mit allem zusammen.“ Gleichzeitig plädierte Kretschmer dafür, nicht in Resignation zu verfallen und das Völkerrecht keinesfalls aufzugeben.

Unter Bezug auf Heike Kriegers Ausführungen zur Beharrlichkeit des Rechts zog er eine historische Parallele zur ostdeutschen Erfahrung: „Wir haben im Osten jahrzehntelang hinter der Mauer gehockt, aber nur weil man an der Hoffnung auf Freiheit und Recht festgehalten hat, konnte man nach 1989 daran anknüpfen.“ In Bezug auf die Ukraine bezog Kretschmer klar Position: „Kein Quadratmeter der Ukraine ist russisch geworden, rechtlich auch nicht auf der Krim. Putin darf den Krieg nicht gewinnen, die Ukraine darf nicht verlieren – aber dazwischen muss ja auch irgendetwas sein, eine Lösung für die Zukunft.“



Die Dresdner Frauenkirche war mit über 680 Personen voll besetzt. Über das Online-Tool Slido hatten Zuschauende die Möglichkeit, ihre Fragen an das Panel einzureichen, von denen viele durch die Moderatorin Alexandra Gerlach zum Ende der Diskussion aufgegriffen wurden.

Kretschmer kritisierte eine zu stark moralisch begründete Außenpolitik: „Wir haben es bisher immer aus einer moralischen Haltung heraus gesehen, dass wir im Westen Recht haben.“ Doch das reiche in einer multipolaren Welt nicht mehr aus. Um wirtschaftlichen Druck auf Aggressoren auszuüben, müssten breitere diplomatische Allianzen geschmiedet werden – unter Einbeziehung aufstrebender Mächte wie Indien und Südafrika. Bisher geschehe in dieser Hinsicht viel zu wenig.

Sächsische Souveränität statt Abhängigkeit: Lithium, Chips und Wehrhaftigkeit

Mit Blick auf die politische Stimmung im Land wies Kretschmer die Einschätzung zurück, dass Sachsen grundlegend gespalten sei. Seine Minderheitsregierung arbeite intern gut und verlässlich. Es gebe zwar viele sehr kritische Menschen, doch diese artikulierten aus seiner Sicht häufig nur den legitimen Wunsch, etwas in ihrem Land positiv zu verändern. Problematischer sei der Effekt, der entstehe, wenn Deutschland und die Europäische Union auf der Weltbühne als dysfunktional wahrgenommen würden: „Wenn wir sehen, dass Amerika einen

Handelsabkommen zwischen der EU und anderen Weltregionen. Solche Chancen müsse Europa entschlossener nutzen.

Zur militärischen Forschung, die an der TU Dresden derzeit insbesondere mit Blick auf Drohnen intensiv diskutiert wird, zeigte sich Kretschmer grundsätzlich offen: „Wir wollen nie wieder einen Angriffskrieg führen, wir wollen schlichtweg wehrhaft sein, und wir wollen anderen in Europa auch dabei helfen, dass sie ebenfalls ohne Angst leben können.“ Gleichzeitig forderte Kretschmer eine gerechtere regionale Verteilung der wirtschaftlichen Chancen, die mit neuen sicherheitspolitischen Investitionen verbunden sind. Angesichts des Ausbaus der Verteidigungsfähigkeit könne es nicht sein, dass die Rüstungsproduktion ausschließlich im Westen der Republik oder Europas stattfinde. Der Rüstungssektor hätte schon früher ausgebaut werden sollen.

Gleichzeitig warnte er davor, die eigentlichen industriellen Kernkompetenzen zu vernachlässigen. Man dürfe unter keinen Umständen zulassen, dass die wichtige sächsische Chip-Industrie, die derzeit unter den hohen Energie- und Rohstoffpreisen leide, weiter unter Druck gerate. Hier forderte Kretschmer mehr Mut zur Eigenständigkeit: „Sachsen hat selbst die Möglichkeit, Lithium abzubauen. Wir können uns nicht ständig über die geopolitische Abhängigkeit beklagen, wenn wir selbst in Europa genug Ressourcen haben, um vieles von dem herzustellen, was wir so dringend brauchen.“

Ein Appell an die junge Generation und die Zivilgesellschaft

Auf Alexandra Gerlachs Schlussfrage, welche ermutigenden Worte die Diskussionsteilnehmenden der jüngeren Generation mit auf den Weg geben würden, zeigten sich alle drei Gäste kämpferisch und optimistisch. Olaf Scholz betonte, dass Fortschritt möglich bleibe: Es sei machbar, eine Welt zu erreichen, in der keine Kriege mehr geführt werden. Die Welt, die auf uns zukommt – eine Welt, in der die relative Bedeutung des reichen Nordens abnimmt – müsse keine schlechte Welt sein. Es gelte, diesen Wandel partnerschaftlich zu gestalten.

Kretschmer richtete einen Appell an die Jugend, die unzähligen Möglichkeiten von Demokratie, Rechtsstaat und kostenfreier Bildung mutig zu nutzen. „Wir müssen Europa wieder zu einem viel stärkeren, dynamischen Erfolgsmotor machen.“ Dafür müsse Deutschland seine eigene Kraft selbstbewusst einsetzen. „Die eigentliche Kraft von Deutschland und Europa muss unsere technologische Souveränität, unsere unbedingte Leistungsfähigkeit und vielleicht auch unsere Überlegenheit in bestimmten Feldern sein.“



sef: Geschäftsführerin Nora Witt mit Olaf Scholz MdB

aggressiven Handelskrieg führt, muss das auf der europäischen Seite dazu führen, dass wir unsere wirtschaftliche Kraft bündeln.“ Dass Europa Deutschlands Zukunft sei, dürfe kein leerer Glaubenssatz bleiben. Europa müsse als Raum der Freiheit und der wirtschaftlichen Dynamik erfahrbar sein. Kritisch betrachtete er die Skepsis gegenüber umfassenden

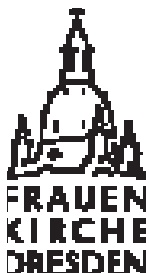
Den hoffnungsvollen Schlusspunkt setzte Heike Krieger. „Nichts ist festgelegt, von allen schlimmen, bedrohlichen Entwicklungen ist rein gar nichts ein Automatismus.“ Es liege an allen, ins Handeln zu kommen und die Welt mitzugestalten, in der wir künftig leben wollen. Und wenn staatliche Diplomatie blockiert sei? Dann, so Krieger, müsse man stärker auf andere Ebenen ausweichen: mit Oppositionsbewegungen sprechen und Städtepartnerschaften intensivieren, denn Städte seien zunehmend relevante Akteure in der internationalen Politik. Auch die Zivilgesellschaft spiele eine unverzichtbare Rolle bei der Frage, in welche Richtung sich die Welt entwick-

le. „Das sind die Akteure, die man im Auge behalten muss, mit denen wir eng zusammenarbeiten müssen und die ganz bestimmt eine Welt wollen, die mehr der Gerechtigkeit und einem dauerhaften Frieden verpflichtet ist.“

Mit diesem Bekenntnis zu Eigenverantwortung, Diplomatie und dem unbedingten Festhalten am internationalen Recht entließ das Dresdner Forum für Internationale Politik 2026 seine Gäste – mit vielen Antworten, einigen offenen Fragen und der klaren Botschaft, dass die Arbeit an einer kooperativen Weltordnung weitergeht.



Die Panel-Teilnehmenden und Gastgeber des Abends: Oliver Krauß MdL (Vorstandsvorsitzender der sef:), Univ.-Prof. Dr. Heike Krieger, Olaf Scholz MdB, Pfarrer Markus Engelhardt (Stiftung Frauenkirche Dresden), Ministerpräsident Michael Kretschmer



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN



Freistaat
SACHSEN



UNU
FLORES

Das Dresdner Forum für Internationale Politik 2026 wird von der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) gemeinsam mit der Sächsischen Staatskanzlei, der Stiftung Frauenkirche, UNU-FLORES sowie dem Zentrum für Internationale Studien der Technischen Universität Dresden organisiert.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org | www.sef-bonn.org

Redaktion
Nora Witt, Dr. Miriam
Tekath

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Ingo Nordmann-Mohn

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2026